

Bezugsgebühr:

Überwiegendlich für Dresden bei Mollé
gewöhnlicher Abzug durch unter
Städten, Städten und auswärtigen, an
Städten und Städten nur einmal
am 1. Okt. bis 3. Okt. 50 Pf.
Bei gewöhnlicher Abzug durch die
Post nach oben bezeichnet, im Rück-
land mit entsprechendem Aufschlag.
Stadt oder Kreis in Original-
Witterung ab (Dresden, Rade.)
während Witterungsänderungen
anbrücke bleiben unberücksichtigt;
unveränderte Witterungen werden
nicht aufgewandt.

Telegramm-Abreise:
Nachrichten Dresden

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Attrappen
Knaufbonbons || KOTILLON || Luxus-
Kartonsagen
21 Am See Oscar Fischer Am See 21

Anzeigen-Carif.

Abnahme von Kaufablagen
bis nachmittags 3 Uhr. Samm- und
Reitordnung nur Marienstraße 20 von
11 bis 12 Uhr. Die 1. politische Gruppe
seit 10 Uhr, die 2. politische Seite auf Zeit-
teil 10 Uhr, als Einzelhandel 10 Uhr,
am Samstag nach Sonne- und
Reitordnung 1. politische Gruppe
10 Uhr, auf Zeitteil 40 Uhr,
2. politische Seite auf Zeitteil und ab
10 Uhr, Zusatzzeit 10 Uhr. Zusätzliche Auf-
lage nur gegen Sonderbestellung.
Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Gesetzgeber: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 28.

Julius Schädlich
Am See 10, part. u. 1. Et.
Beleuchtungs Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Ulrichs Pianinos

sind vorzüglich, dabei sehr preiswürdig.

Post. 20 Johannesstraße 20 (am Pirnaischen Platz).

K. S. Hoflieferant B. A. Müller Prager Str. 32/34

Sport- und Spielwaren-Haus.

Kinder-Schlitten | Sport-Schlitten
Rodel-Schlitten | Schnee-Schuhe

Illustrierte Preisliste frei.

Nationaltrachten der Alpenländer Österreichs und Bayerns für alpine Kostümfeste
empfiehlt in grösster Auswahl das Spezialgeschäft von Jos. Flechtl aus Tirol, Schlossstrasse No. 23.

Illustrierte Preiskarte
günstig und franko.

Nr. 5. Spiegel: Arbeiten des Reichstages, Theatral. Esch. Volkskunde, Bahnhofsbuchhandel, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftliche Witterung, Wiss. Niederholung. Sonnabend, 6. Januar 1906.

Der Reichstag

wird in nächster Woche seine Porten wieder öffnen und die Beratungen mit der Generalsdebatte über die Steuerovalagen beginnen. Der erste Anlauf, den die Reichsboten vor den Weihnachtsferien nahmen, ließ sich nicht über an. Im Laufe von 2½ Wochen bietet der am 28. November zusammengetretene Reichstag 14 Plenarsitzungen ab und erledigte darin zunächst drei Vorlagen, das Handelsabkommen mit Bulgarien und England, sowie den Nachtragstaat für Südwürttemberg. Die übrige Zeit wurde jedoch einer ausgiebigen, aber nicht, wie sonst bei Erörterungen allgemeinen Charakters, über das Ziel hinausgehenden Verhandlung der Fleischlenerung, der kolonialen Angelegenheiten, der austwärtigen Politik und – zuletzt, aber nicht am wenigsten – der Flottenvorlage und der Reichsfinanzreform gewidmet. Besonders erfreulich war der Eintritt der nationalen Geschlossenheit, den die Mehrheit des Reichstags bei den Auseinandersetzungen über die Flottenfrage und die austwärtige Lage hervorrief. Beider flante jedoch die im patriotischen Sinne gehobene Stimmung logisch mehrheitlich wieder ab, als die mit der Reichsfinanzreform im Zusammenhang stehenden steuerpolitischen Probleme aufzufallen, eine Erscheinung, die sich auch in der gleichzeitig rapid sinkenden Anhängerziffer bemerkbar machte. Während die Reichsboten im Anfang zu der Tugend des Fleisches auch noch in den meisten Fällen die des Zusammenhalts in beschlussfähigiger Anzahl gefügt hatten, ging es späterhin mit der Präsenz zeitig bergab, so dass sich der Präsident in der letzten Sitzung vor den Weihnachtsferien einem „Hause“ von einem wohlgearbeiteten Dutzend Abgeordneten gegenüberfand.

Es ist kein Wunder, dass unter solchen Umständen das vler-erwartete Kapitel der Beschlussfähigkeit des Reichstags aus neuer in politischen Kreisen angeschnitten wird. Es stehen so tiefsinnige Entscheidungen von der größten Tragweite für unsere gesamte nationale Weiterentwicklung bevor, dass das patriotische Empfinden von der plausiblen Befremdung bei dem Gedanken besessen wird, die parlamentarische Schaubühne sollte infolge der herrschenden Nebenstände noch wie vor jedem Augenblick von der Gnade der Sozialdemokratie und ihrer Helfershelfer abhängen, wenn es diesen Elementen besteht, durch Angewaltung der Beschlussfähigkeit des Hauses alles zum Stillstand zu bringen. Das Unheil ist gleichwohl schwerer zu befürchten, als man bei dem überall vorhandenen Willen zu seiner Abstellung annehmen sollte, und zwar liegt dies daran, dass bisher noch kein einziger Vorschlag zur Erhöhung der Aktionsfähigkeit des Reichstages die allgemeine Zustimmung auf sich zu vereinigen vermochte. Ein namentlich von ultramontaner Seite befürworteter Plan geht dahin, die jetzige übertriebene hohe Beschlussfähigkeitsziffer entsprechend herabzuführen. Gegenwärtig ist es im Deutschen Reichstage tatsächlich jedem Einzelpolitiker und jeder rücksichtslos vorgehenden Partei möglich, den Reichstag durch den Antrag auf Auszählung des Hauses zu terrorisieren und seine gezeigte Tätigkeit zum Stillstand zu legen, sobald von den 397 Abgeordneten nicht wenigstens 199 anwesend sind. Daß der herrschende Zustand ein wahrer Krebsabscess ist und insbesondere auch dem Bestreben der Sozialdemokratie, durch Agitationssreden die Sitzungen künstlich zu verlängern, nur zu wirksam Vorschub leistet, ist nicht zu verkennen. In anderen Ländern existieren bereits parlamentarische Einrichtungen, die dem Einhalten ähnlicher Verhältnisse, wie bei uns, einen Siegel vorschreiben sollen. So ist das englische Parlament mit 711 Mitgliedern schon bei Anwesenheit von nur 40 Abgeordneten beschlussfähig und daher gegen ähnliche Störungen ausreichend geschützt. Ferner ist in Frankreich die Stimmabgabe abwehrender Abgeordneter durch anwendung zulässig. Die Herabsetzung der Beschlussfähigkeit ist ohne Frage sehr ernstlich in Erwägung zu ziehen, hat sie doch sogar den Fürsten Bismarck selbst zum Vorschreiber gehabt, der, allerdings nur einmal ganz gelegentlich in einer seiner Reichsreden, das englische Beispiel zur Nachahmung empfahl.

Gegen die Übertragung englisch-französischer Errichtungen auf unsere parlamentarischen Verhältnisse spricht indessen ein sehr wesentliches Bedenken, das in der Eigenart unserer Parteipolitik mit ihrer Zersplitterung in zahlreiche Fraktionen und Fraktionen und vor allem mit ihrer Vorherrschaft der Sozialdemokratie wurzelt. Die jüngst in einem konservativen Blatte ausgesprochene Warnung, eine Herabsetzung der Beschlussfähigkeit werde höchstwahrscheinlich zu einer weiteren Stärkung des parlamentarischen Terrorismus der Sozialdemokratie führen, weil die sozialdemokratische Fraktion dann zu jeder Sitzung von den Führern vollständig zusammengetrommelt würde, wird selbst von liberalen Blättern als wohlbegründet erklärt. In jedem Falle würde die Gefahr, dass wichtige Beschlüsse von Zusammensetzen getroffen werden, auf solchen Wege noch erheblich vergrößert, und deshalb kann man sich zur Besserung der deutschen parlamentarischen Zustände von einer Verringerung der Beschlussfähigkeitsziffer keine durchdringende Wirkung versprechen. Ein modifizierter Vorschlag von nationalliberaler Seite will die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Ziffer der Hälfte der Mitglieder nur bei den Ab-

stimmungen zur dritten Sitzung gelten lassen. Darauf reicht sich die anderweitige Anregung, falls bei der dritten Sitzung sich Beschlussfähigkeit herausstellt, noch eine vierte Sitzung anzubauen, deren Beschlüsse dann unter allen Umständen als endgültig anzusehen wären. Eine weitere Möglichkeit, den bestehenden Zustand zu verbessern, wird in der Zusammenlegung der tagelang vorher angekündigten Abstimmungen bei wichtigen, von den Parteien umstrittenen Vorlagen erblickt. Beachtlicher als diese leichtgedachten Vorschläge, die gar zu deutlich den Stempel eines unzulänglichen Notbehelfs tragen, erscheint eine ebenfalls von nationalliberaler Seite ausgehende Anregung des Inhalts, dass als Voraussetzung eines gültigen Beschlusses im Art. 28 Beschlussfähigkeit statt der Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder vorgeschrieben wird, das mindestens der vierte Teil der Mitglieder in der Mehrheit mitgestimmt haben muss. Dabei würde also die Minderheit für die Gültigkeit des Beschlusses außer Betracht bleiben und so allerding ein gewisser Vorsitz vorhender Unreiz zur Herbeiführung der Beschlussfähigkeit des Hauses fortsetzen. Doch bietet auch dieses Verfahren bei der numerischen Stärke der Sozialdemokratie und ihrer Mitläufer im Reichstage keine zuverlässige Gewähr für die Erreichung des beabsichtigten Zwecks und ebensoviel einen sicheren Schutz gegen die Bildung von Zusammensetzungen.

Eine hervorragende Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Diätenfrage. Die Gründe für und wider sind bereits so dargelegt worden, dass es Eulen nach Athen tragen hieße, wollte man sie nochmals eingehend beleuchten. Nur Zeit ist der Stand der Sache der, das sich von der Einführung der Diäten besonders die liberalen und ultramontanen Blätter eine große Wirkung auf die Hebung der Beschlussfähigkeit des Reichstages versprechen, während die konservative Presse, ihrer ursprünglichen Stellungnahme entsprechend, immer noch ein vorwiegend skeptisches Verhalten zur Schau trägt, das in den mit dem preußischen Abgeordnetenhaus gemachten Erfahrungen wurzelt, wo die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Anzahl der Hälfte der Mitglieder ebenfalls nur selten zu erreichen ist. Die in der letzten Zeit fortwährend auftauchenden Meldungen von der angedacht vorstehenden Bewilligung von Diäten, nachdem der letzte in der Person des Kaisers begründete Widerstand dogenweise überwunden sei, lassen sich auf ihre Richtigkeit nicht kontrollieren und man weiß nicht recht, ob etwas Tatsächliches dahintersteckt oder ob es sich nur um Versuchsballsone handelt, bei denen der Wunsch der beteiligten Kreise der Vater des Gedankens ist. Die Ausführungen, die jüngst Graf Posadowski im Reichstage zur Sache machte, als er sich über die leidige Belieberei der Abgeordneten beklagte, sohn gar nicht danach auss, als wenn die Reichsregierung Neigung verspüre, zu einem unmittelbar bevorstehenden Zeitpunkt sich dem Zentrum, das die Hauptaktion leitet, in dieser Frage willigfähig zu zeigen.

Alles in allem erhellt aus dem hier gezeigten kurzen Überblick, dass die Ansichten über das beste Mittel, wie der nochein fortbauende Beschlussfähigkeit des Reichstages ein Ende zu machen sei, ziemlich weit auseinanderhängen und dass eine Einigung über ein bestimmtes Verfahren so leicht nicht zu erzielen sein wird. Bleibt also als letzte Anfassung nur der Appell an das nationale und moralische Pflichtbewusstsein unserer Volksvertreter, das gerade in der gegenwärtigen Session um so kräftiger und nachhaltiger in Aktion treten muss, weil so außerordentlich bedeutsame Gesetzesvorlagen, denen eine weit über das gewöhnliche Maß hinausgehende, eine lange Zukunft beherrschende Tropewelle innenwohnt, der Verabschiedung harrten. Der fiktive Imperativ der nationalen Pflicht stellt dieses Mal in ganz besonderer Weise seine hohen unerbittlichen Anforderungen an das patriotische Verständnis und die selbst entlastende Opferwilligkeit des Reichstags. Daraus folgt für die Mehrheit nicht nur die Notwendigkeit, sich stets in beschlussfähigem Ausmaß beizumessen zu halten, sondern auch ihre Entscheidungen im positiven Sinne so zu treffen, dass die Session mit einem die Reichswohlfahrt wirklich fördernden Ergebnisse abschließt. Dies kann aber in seinem Halle erreicht werden, wenn nicht in erster Linie in Sachen der Reichsfinanzreform eine brauchbare Verhandlung erzielt wird, zu der die verbündeten Regierungen ihr Blatt zu geben vermögen. Hier liegt der Schlüssel der parlamentarischen Lage. Sollte wider Erwarten in diesem Punkte die Einsicht der deutschen Volksvertretung verjüngt, dann würde daraus fast noch unmittelbar vor Weihnachten die offiziell bediente „Münchner Allg. Sta.“ hingewiesen, eine Krise die unvermeidliche Folge sein.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Viele ins Gefängnis geschafft. Savoyen sind bemüht, die zerstörten Eisenbahnen herzustellen. Hier in Petersburg herrscht vollkommenes Ruhe. Der Geschäftsgang nimmt seinen gewöhnlichen Verlauf.

Petersburg. Die Regierung beabsichtigt, der Mehrzahl der staatlichen Hochschulen das Gehalt völlig anderer zur Hälfte zu entziehen, weil dies infolge Schließung der Universitäten überflüssig geworden sind. – Die Wahl-agitation der Droschnikapartei, die von der Regierung unterstützt wird, wird überall beobachtet und dürfte am 19. Januar beendet sein. Die Revolutionäre bereiten, wie behauptet wird, eine Erhebung am 22. Januar vor.

Petersburg. Die „Petersb. Telegraph-Agentur“ erhält von zuständiger Seite: Es hat sich herausgestellt, dass Komitees, in deren Namen Arbeiter und Angestellte verschiedener Unternehmungen Petrol zur Einstellung der Arbeit erhielten, gar nicht ertragen und derartige Streikbescheide von einzelnen Revolutionären ausgehen, die die Arbeiter terrorisieren. – Ein gegangener Beschluss entnimmt die Handels- und Industrie-Ria, „dass der telegraphische Verkehr zwischen Uljanow und Potsdam über Petrovsk aufrecht erhalten wird.“ – Aus einer Depesche vom 8. Januar geht hervor, dass auf den Nachtwachen bei Potsdam alles in Ordnung ist und jedenfalls nichts Beunruhigendes vorliegt, wenn auch auf einigen Werken nicht gearbeitet wird.

Riga. (Priv.-Tel.) In Marienburg wurde der Hauptabteilungsleiter Bello gestern durch Gardenianen standrechtlich erschossen. Derart hatte die Belagerung und Besetzung des Stomerie-Schlosses geleitet. Viele Revolutionäre wurden verhaftet, ihre Häuser niedergebrannt und ihre Führer erschossen. – Die Unfreiheit in der Stadt hält noch immer an. Gestern wurde der Kommandant der Marinemarke Riga im Zentrum der Stadt von Revolutionären angegriffen und lebensgefährlich verletzt. Zwei Polizisten wurden meuchlings erschossen; in Danzig wurde ein von Revolutionären bewohntes Haus vom Militär erfüllt, ein Teil der Bewohner getötet, die übrigen verhaftet.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Nach Meldungen aus Warschau hat sich dort die Lage wieder verschärft. Zu den Verhaftungen wird nicht gearbeitet, die Haftlöden sind geschlossen, die Eisenbahnen verkehren unregelmäßig. Es fehlt nicht an Plünderungen seitens der vielen Eisenbahner. Der Bankier Bernsteini und mehrere andere Juden wurden in Haft genommen. Im Auftrage des Generalgouverneurs wurden zahlreiche Zeitungen unterdrückt, nachdem vorher Haussuchungen in den Redaktionen und in den Wohnungen der Rebellen stattgefunden hatten. – Nach späteren Meldungen hat die Direktion der Weißselbahn zahlreiche polnische Beamten entlassen und sie durch Russen ersetzt. Die Verhaftungen dauern fort. Der Bankier wurde wieder freigelassen.

Bachmut. Gestern besetzten vier Kompanien die Station Grischino, die dem Generaltelekomitee der Felaterinoslaw-Bahn als befehliger Kommandant gedient hatte. Es wurden eine Menge Waffen und 300蒲d Dynamit vor-gefunden.

Bromberg. Der Personenverkehr über Maria ist wieder aufgenommen. Zwischen den Stationen Nowy und Lublin werden infolge Sperrung der Brücke Personenfähren über Luton-Lublin und Brest-Goml umgeleitet. Auf der Strecke Jaworosz-Dombrowa besteht der Verkehr vorläufig nur bis Station Olisch. Über Aleksandrow-Sosnowice, Warschau-Wiener Bahn, ist der Personenverkehr ebenfalls wieder aufgenommen. Die Ringbahn um Warschau ist noch gesperrt.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Neujahrs-Glücks-wunschrede der Stadtverordneten an den Kaiser heißt es u. a.: „Wir Stolz und Genugtuung erfüllt uns die Erfahrung, dass unsere Bewunderung für Ew. Majestät Seines Gabens und Charaktergröße auf dem weiten Erdkreise allenthalben geteilt wird. Wenn aber hier und da außerhalb unseres Vaterlandes Ew. Majestät Abhängen und Ziel Verfehlung oder gar Entstellung begegnen, so ist und dies ein neuer Anlass für die Freundschaft, das Reich und Volk, durch die Gemeinsamkeit der Aufgaben zusammengebracht, eine un trennbare Einheit bilden, das die Verehrung der Bürger für den erhabenen Herrscher aller Deutschen, ohne Unterschied des Standes und Besitzes, in einer geläuterten Eigenliebe ihre natürlichen, stolzen Wurzeln haben.“

Berlin. (Priv.-Tel.) Sächsische Orden erhielten, und zwar das Offizierskreis des Infanterieordens der Legions-jefreier, ob der sieben in der Gendarmerie in Dresden Broder der Schwarzen, das Mitterkreis 1. Klasse des Ordens des Ge. Hol. im Chiffrieraub des Auswärtigen Amtes Franziskus.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Presse wird darüber diskutiert, ob der soeben in die Heimat zurückgekehrte Höchstkommandierende unserer Truppen in Deutsch-Südwürttemberg, Generalleutnant v. Trotha, wohl demnächst persönlich im Reichstag auftreten wird, um die von radikaler Seite gegen seine Kriegsführung erhobenen Vorwürfe gebührend zurückzuweisen. Der v. Trotha schreibt nun der „Nat. Sta.“: Ich habe nie die Absicht gehabt, im Reichstage mich irgendwie zu verteidigen, das habe ich nicht nötig.

Berlin. Zum Personenwechsel im Großen Generalstab wurde in der Presse berichtet, der jetzige Chef habe die Berufung auf seinen Posten zuerst erfordert abgelehnt mit der Begründung, dass er sich den Aufgaben dieses Amtes ganz und gar nicht gewachsen fühle. Der Kaiser habe ihn darüber mit den Hinweis beruhigt, dass er selbst ihm wirklich gut Seite stehen werde. Am Ende, ja habe der Kaiser bemerkt, bin ich mein eigener Generalstabchef, und des höchsten Friedensarbeit müssten Sie doch bewältigen können. Die Nord-Allg. Sta. ist ernächtigt, festzustellen, dass es sich bei dieser Verteilung von A bis B um grosse Erfindungen handelt. Der „Vorwärts“ hatte der Staatsseidenbahnverwaltung den Vorwurf gemacht, dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenhundert einen unberechtigten Vorteil von über 50000 Mark durch Bericht auf rückläufige Kohlenlieferungen angewendet zu haben. Dem offiziellen Dementi gegenüber sucht er sich mög-

Neueste Drahtmeldungen vom 5. Januar. Zur Lage in Russland.

Gegen die Übertragung englisch-französischer Errichtungen auf unsere parlamentarischen Verhältnisse spricht indessen ein sehr wesentliches Bedenken, das in der Eigenart unserer Parteipolitik mit ihrer Zersplitterung in zahlreiche Fraktionen und Fraktionen und vor allem mit ihrer Vorherrschaft der Sozialdemokratie wurzelt. Die jüngst in einem konservativen Blatte ausgesprochene Warnung, eine Herabsetzung der Beschlussfähigkeit werde höchstwahrscheinlich zu einer weiteren Stärkung des parlamentarischen Terrorismus der Sozialdemokratie führen, weil die sozialdemokratische Fraktion dann zu jeder Sitzung von den Führern vollständig zusammengetrommelt würde, wird selbst von liberalen Blättern als wohlbegründet erklärt. In jedem Falle würde die Gefahr, dass wichtige Beschlüsse von Zusammensetzen getroffen werden, auf solchen Wege noch erheblich vergrößert, und deshalb kann man sich zur Besserung der deutschen parlamentarischen Zustände von einer Verringerung der Beschlussfähigkeitsziffer keine durchdringende Wirkung versprechen. Ein modifizierter Vorschlag von nationalliberaler Seite will die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Ziffer der Hälfte der Mitglieder nur bei den Ab-

stimmungen zur dritten Sitzung gelten lassen. Darauf reicht sich die anderweitige Anregung, falls bei der dritten Sitzung sich Beschlussfähigkeit herausstellt, noch eine vierte Sitzung anzubauen, deren Beschlüsse dann unter allen Umständen als endgültig anzusehen wären. Eine weitere Möglichkeit, den bestehenden Zustand zu verbessern, wird in der Zusammenlegung der tagelang vorher angekündigten Abstimmungen bei wichtigen, von den Parteien umstrittenen Vorlagen erblickt. Beachtlicher als diese leichtgedachten Vorschläge, die gar zu deutlich den Stempel eines unzulänglichen Notbehelfs tragen, erscheint eine ebenfalls von nationalliberaler Seite ausgehende Anregung des Inhalts, dass als Voraussetzung eines gültigen Beschlusses im Art. 28 Beschlussfähigkeit statt der Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder vorgeschrieben wird, das mindestens der vierte Teil der Mitglieder in der Mehrheit mitgestimmt haben muss. Dabei würde also die Minderheit für die Gültigkeit des Beschlusses außer Betracht bleiben und so allerding ein gewisser Vorsitz vorhender Unreiz zur Herbeiführung der Beschlussfähigkeit des Hauses fortsetzen. Doch bietet auch dieses Verfahren bei der numerischen Stärke der Sozialdemokratie und ihrer Mitläufer im Reichstage keine zuverlässige Gewähr für die Erreichung des beabsichtigten Zwecks und ebensoviel einen sicheren Schutz gegen die Bildung von Zusammensetzungen.

Eine hervorragende Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Diätenfrage. Die Gründe für und wider sind bereits so dargelegt worden, dass es Eulen nach Athen tragen hieße, wollte man sie nochmals eingehend beleuchten. Nur Zeit ist der Stand der Sache der, das sich von der Einführung der Diäten besonders die liberalen und ultramontanen Blätter eine große Wirkung auf die Hebung der Beschlussfähigkeit des Reichstages versprechen, während die konservative Presse, ihrer ursprünglichen Stellungnahme entsprechend, immer noch ein vorwiegend skeptisches Verhalten zur Schau trägt, das in den mit dem preußischen Abgeordnetenhaus gemachten Erfahrungen wurzelt, wo die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Anzahl der Hälfte der Mitglieder ebenfalls nur selten zu erreichen ist. Die in der letzten Zeit fortwährend auftauchenden Meldungen von der angedacht vorstehenden Bewilligung von Diäten, nachdem der letzte in der Person des Kaisers begründete Widerstand dogenweise überwunden sei, lassen sich auf ihre Richtigkeit nicht kontrollieren und man weiß nicht recht, ob etwas Tatsächliches dahintersteckt oder ob es sich nur um Versuchsballsone handelt, bei denen der Wunsch der beteiligten Kreise der Vater des Gedankens ist. Die Ausführungen, die jüngst Graf Posadowski im Reichstage zur Sache machte, als er sich über die leidige Belieberei der Abgeordneten beklagte, sohn gar nicht danach auss, als wenn die Reichsregierung Neigung verspüre, zu einem unmittelbar bevorstehenden Zeitpunkt sich dem Zentrum, das die Hauptaktion leitet, in dieser Frage willigfähig zu zeigen.

Alles in allem erhellt aus dem hier gezeigten kurzen Überblick, dass die Ansichten über das beste Mittel, wie der nochein fortbauende Beschlussfähigkeit des Reichstages ein Ende zu machen sei, ziemlich weit auseinanderhängen und dass eine Einigung über ein bestimmtes Verfahren so leicht